

## Teil 1 Beratungshilfe

<b>Kapitel 1: Einführung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Entwicklung der Beratungshilfe . . . . .	8
1. Betrachtung der Fallzahlen. . . . .	9
2. Gründe für die Kostenexplosion und die anhaltende Höhe der Ausgaben . . . . .	10
III. Rechtswahrnehmung . . . . .	13
1. Was bedeutet die „Wahrnehmung von Rechten“? . . . . .	13
2. Abgrenzung zur allgemeinen Beratung . . . . .	14
3. Abgrenzung der Beratungshilfe zu der Prozesskostenhilfe	18
<b>Kapitel 2: Subjektive Voraussetzungen gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 BerHG .</b>	<b>19</b>
I. Allgemeines . . . . .	19
II. Ermittlung des einzusetzenden Einkommens . . . . .	23
1. Allgemeines . . . . .	23
2. Die einzelnen Einkommensarten . . . . .	26a
a) Arbeitseinkommen. . . . .	26a
b) Fiktives Arbeitseinkommen . . . . .	28
c) Kindergeld . . . . .	32
d) Sozialleistungen. . . . .	33
e) Sonstige Einkünfte. . . . .	35
3. Kein Einkommen . . . . .	44
4. Sonderfall Insolvenzverfahren. . . . .	45
III. Abzüge vom Einkommen . . . . .	46
1. Abzüge gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1a ZPO . . . . .	46
a) Steuern (§ 82 Abs. 2 Nr. 1 SGB XII) . . . . .	46
b) Pflichtbeiträge (§ 82 Abs. 2 Nr. 2 SGB XII) . . . . .	47
c) Versicherungsbeiträge (§ 82 Abs. 2 Nr. 3 SGB XII) .	48
d) Werbungskosten . . . . .	51
e) Ehrenamtspauschale. . . . .	55
2. Erwerbstätigenbonus (Abzug gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1b ZPO) . . . . .	56
3. Freibeträge (Abzüge gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a und b ZPO) . . . . .	57
4. Unterkunft und Heizung (Abzüge gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 ZPO) . . . . .	59
a) Mietwohnung . . . . .	59
b) Eigenheim bzw. Eigentumswohnung . . . . .	63
c) Mehrere Bewohner mit eigenen Einkünften . . . . .	64
5. Mehrbedarfe (Abzüge gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 ZPO) . . . . .	65
6. Besondere Belastungen (Abzüge gem. § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 ZPO) . . . . .	69
IV. Einsatz des Vermögens . . . . .	74
1. Vermögensbegriff . . . . .	74

2.	Verwertbarkeit und Zumutbarkeit des Vermögenseinsatzes . . . . .	78
3.	Schonvermögen . . . . .	79
a)	Kleinere Barbeträge (§ 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB XII) . . . . .	80
b)	Hausgrundstücke (§ 90 Abs. 2 Nr. 8 SGB XII) . . . . .	82
c)	Vermögen aus öffentlichen Mitteln (§ 90 Abs. 2 Nr. 1 SGB XII) . . . . .	88
d)	Staatlich geförderte Altersvorsorge (§ 90 Abs. 2 Nr. 2 SGB XII) . . . . .	89
e)	Vermögen zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines Hausgrundstücks (§ 90 Abs. 2 Nr. 3 SGB XII) . . . . .	90
f)	Hausrat (§ 90 Abs. 2 Nr. 4 SGB XII) . . . . .	91
g)	Gegenstände zur Ausübung der Erwerbstätigkeit (§ 90 Abs. 2 Nr. 5 SGB XII) . . . . .	92
h)	Familien- und Erbstücke (§ 90 Abs. 2 Nr. 6 SGB XII) . . . . .	93
i)	Gegenstände zur Befriedigung geistiger Bedürfnisse (§ 90 Abs. 2 Nr. 7 SGB XII) . . . . .	94
4.	Sonstige Vermögensgegenstände . . . . .	95
5.	Lebensversicherungen . . . . .	98
6.	Abfindungen . . . . .	101
7.	Zumutbarer Einsatz des Vermögens (Härteklausel) . . . . .	102
8.	Möglichkeit der Kreditaufnahme . . . . .	103
9.	Prozesskostenvorschuss . . . . .	104
a)	Allgemeines . . . . .	104
b)	Prozesskostenvorschuss im Beratungshilfeverfahren	104
V.	Musterantrag zur Bewilligung von Beratungshilfe mit Bewertung des einzusetzenden Einkommens und des Vermögens . . . . .	105
1.	Prüfung des verwertbaren Vermögens . . . . .	105
2.	Ermittlung des einzusetzenden monatlichen Einkommens . . . . .	105
<b>Kapitel 3:</b>	<b>Objektive Voraussetzungen der Beratungshilfe . . . . .</b>	<b>106</b>
I.	Allgemeines . . . . .	106
II.	Hilfebedürfnis zur Wahrnehmung von Rechten . . . . .	107
1.	Allgemeines . . . . .	107
2.	Nicht nur allgemeine Lebenshilfe . . . . .	109
3.	Konkretes Rechtsanliegen . . . . .	111
4.	Erschöpfung der eigenen Möglichkeiten . . . . .	113
a)	Allgemeines . . . . .	114
b)	Rechtliche Angelegenheiten auf dem Gebiet des Sozial- und Verwaltungsrechts . . . . .	116
III.	Außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens . . . . .	120
1.	Allgemeines . . . . .	120
2.	Anhängige Gerichtsverfahren . . . . .	121
a)	Abgrenzung Beratungshilfe – Prozesskosten- bzw. Verfahrenskostenhilfe . . . . .	121
b)	Die wichtigsten Grenzfälle . . . . .	123
3.	Obligatorisches Güteverfahren gem. § 15a EGZPO . . . . .	135
4.	Fazit . . . . .	135a
IV.	Keine anderen Hilfsmöglichkeiten . . . . .	136

1.	Allgemeines . . . . .	136
a)	Geeignet und erlaubt . . . . .	137
b)	Zumutbar . . . . .	138
c)	Erreichbarkeit der anderen Hilfsmöglichkeit . . . . .	139
2.	Die einzelnen „anderen Möglichkeiten“ . . . . .	139a
a)	Rechtsschutzversicherung . . . . .	139a
b)	Beratung durch Behörden . . . . .	140
c)	Betreuung . . . . .	158
d)	Öffentliche Schuldenberatungsstelle . . . . .	160
e)	Verbraucherzentralen der Länder; Verbraucherschlichtungsstelle . . . . .	167
f)	Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft . . . . .	168
g)	Körperschaften des öffentlichen Rechts . . . . .	169
h)	Staatliche und behördliche Rentenberater sowie Versicherungälteste . . . . .	170
i)	Öffentliche Rechtsberatungsstellen . . . . .	171
j)	An eine Mitgliedschaft bzw. Zugehörigkeit gebundene Hilfsmöglichkeiten . . . . .	172
k)	Beispiele für sonstige Interessenverbände – ohne Bindung an eine Mitgliedschaft – . . . . .	179
l)	Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) . . . . .	182
m)	Vereine, Verbände . . . . .	183
n)	Naturalleistung . . . . .	183
o)	Selbsthilfe . . . . .	183a
p)	Anwaltliche Leistung „pro bono“ . . . . .	183b
q)	Politische Mandatsträger . . . . .	183c
3.	Sonstige Hinweise zu den anderen Hilfsmöglichkeiten . . . . .	184
V.	Keine mutwillige Rechtswahrnehmung . . . . .	191
<b>Kapitel 4:</b>	<b>Umfang der Beratungshilfe . . . . .</b>	<b>196</b>
I.	Allgemeines . . . . .	196
II.	Sachgebiete . . . . .	197
III.	Abgrenzung der Beratung von Vertretung . . . . .	208
<b>Kapitel 5:</b>	<b>Angelegenheit . . . . .</b>	<b>214</b>
I.	Allgemeines . . . . .	214
II.	Eine oder mehrere Angelegenheiten . . . . .	216
III.	Bindungswirkung für das Vergütungsfestsetzungsverfahren . . . . .	223
IV.	Beispiele aus der Praxis . . . . .	224
1.	Familienrecht . . . . .	225
2.	Zivilrecht . . . . .	232
3.	Strafrecht und Strafvollzug . . . . .	233
4.	Öffentliches Recht . . . . .	234
5.	Arbeitsrecht . . . . .	235
6.	Nachlassrecht . . . . .	236
<b>Kapitel 6:</b>	<b>Das Bewilligungsverfahren . . . . .</b>	<b>237</b>
I.	Antrag auf Beratungshilfe . . . . .	237
1.	Form der Antragstellung . . . . .	237
2.	Bezeichnung der Angelegenheit . . . . .	240
3.	Antragsberechtigung . . . . .	244
4.	Prozesskostenhilfe für das Antragsverfahren . . . . .	245
5.	Zuständigkeit . . . . .	246

6.	Direktzugang zur Beratungsperson .....	249
7.	Unterschriftenzeitpunkt .....	256
8.	Nachweis- und Belegpflicht .....	257
9.	Zeitliche Grenzen der nachträglichen Antragstellung ..	262
10.	Übergangsvorschriften. ....	262b
II.	Bewilligung der Beratungshilfe. ....	263
III.	Die Person des Beratenden .....	265
IV.	Zurückweisung der beantragten Beratungshilfe .....	268
V.	Aufhebung der Beratungshilfe .....	273
1.	Aufhebung von Amts wegen .....	274
2.	Aufhebung auf Antrag der Beratungsperson oder des Mandanten .....	274a
3.	Auswirkungen auf den Vergütungsanspruch .....	274c
4.	Auswirkungen bei Nichtbewilligung nachträglicher Beratungshilfe .....	275
<b>Kapitel 7:</b>	<b>Das Rechtsmittelverfahren</b> .....	276
I.	Rechtsmittel gegen die Zurückweisung oder Aufhebung der Beratungshilfe.....	276
1.	Statthaftes Rechtsmittel .....	276
2.	Form .....	278
3.	Frist .....	279
4.	Rechtsmittelbefugnis .....	280
5.	Verfahren .....	284
II.	Rechtsmittel gegen die Aufhebung der Beratungshilfe .....	287
III.	Rechtsmittel im Vergütungsverfahren .....	288
IV.	Weitere „Rechtsmittel“ und Verfahrensfragen .....	289
<b>Kapitel 8:</b>	<b>Vergütung in der Beratungshilfe</b> .....	290
I.	Einleitung .....	290
1.	Allgemeines .....	290
2.	Vergütungsvereinbarung und Erfolgshonorare .....	291
3.	Leistung „pro bono“/Verzicht auf die Gebühren .....	291a
4.	Gebührentatbestände im Überblick .....	292
5.	Vorschusszahlungen und Fälligkeit des Vergütungsanspruchs .....	293
6.	Verjährung des Vergütungsanspruchs .....	294
II.	Gebührenanspruch gegen den Rechtsuchenden – Beratungshilfegergebühr (Nr. 2500 VV RVG) .....	295
III.	Gebührenansprüche gegen die Landeskasse (Nr. 2501–2508 VV RVG) .....	297
1.	Beratungsgebühr Nr. 2501 VV RVG .....	297
2.	Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV RVG .....	299
3.	Beratungs- und Geschäftsgebühr im Bereich des § 305 InsO .....	306
a)	Beratungsgebühr gem. Nr. 2502 VV RVG .....	307
b)	Geschäftsgebühr gem. Nr. 2504–2507 VV RVG ..	307a
4.	Einigungs- und Erledigungsgebühr Nr. 2508 VV RVG ..	308
a)	Einigungsgebühr .....	309
b)	Erledigungsgebühr .....	318
c)	Einigungs- und Erledigungsgebühr im Bereich des § 305 InsO .....	322

5.	Erhöhung bei mehreren Auftraggebern Nr. 1008 VV RVG. . . . .	323
a)	Beratungshilfegebühr . . . . .	324
b)	Beratungsgebühr . . . . .	325
c)	Geschäftsgebühr . . . . .	326
d)	Einigungs- und Erledigungsgebühr . . . . .	327
6.	Auslagen. . . . .	328
a)	Allgemeines . . . . .	328
b)	Kosten für Fotokopien . . . . .	331
c)	Entgelt für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen. . . . .	335
d)	Reisekosten . . . . .	337
e)	Dolmetscher- und Übersetzerkosten . . . . .	338
f)	Medizinische Kurz- und Rechtsgutachten, Privatgutachten . . . . .	339
g)	Aktenversendungspauschale . . . . .	340
h)	Umsatzsteuer . . . . .	341
IV.	Vergütungsfestsetzungsverfahren . . . . .	342
1.	Gerichtliche Zuständigkeit. . . . .	342
2.	Vergütungsantrag . . . . .	343
3.	Erforderlichkeit der Vertretung, Prüfungsbefugnis des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle . . . . .	345
4.	Entscheidung über den Vergütungsantrag. . . . .	348
5.	Rechtsbehelfsverfahren . . . . .	349
a)	Erinnerungsverfahren. . . . .	349
b)	Beschwerdeverfahren . . . . .	354
6.	Anspruch gegen den erstattungspflichtigen Gegner, § 9 BerHG . . . . .	357
a)	Allgemeines . . . . .	357
b)	Folgen für die Vergütungsabrechnung der Beratungsperson . . . . .	359
c)	Folgen für die Staatskasse. . . . .	361
d)	Folgen für den Rechtsuchenden . . . . .	364
e)	Teilweise Erstattungspflicht des Gegners . . . . .	366
<b>Kapitel 9:</b>	<b>Grenzüberschreitende Beratungshilfe (§§ 10, 10a BerHG)</b> . . . . .	367
I.	Allgemeines . . . . .	368
II.	Vorprozessuale Rechtsberatung im Hinblick auf eine außergerichtliche Streitbeilegung (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 BerHG) . . . . .	379
III.	Unterstützung von Anträgen gem. § 1077 ZPO (ausgehendes Ersuchen um grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe) . . . . .	380
IV.	Übermittlung von Anträgen auf grenzüberschreitende Beratungshilfe (ausgehende Beratungshilfeersuchen) . . . . .	388
V.	Eingehende Ersuchen um grenzüberschreitende Beratungshilfe . . . . .	389
VI.	Regelungen des § 10a BerHG betreffend Unterhaltssachen nach der Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008. . . . .	392a
<b>Teil 2</b>	<b>Prozess-/Verfahrenskostenhilfe</b>	
<b>Kapitel 1:</b>	<b>Einführung</b> . . . . .	392c
<b>Kapitel 2:</b>	<b>Anwendungsbereich der Prozesskostenhilfe</b> . . . . .	393

<b>Kapitel 3: Hinreichende Erfolgsaussichten . . . . .</b>	<b>403</b>
I. Grundsätzliches . . . . .	403a
II. Beweisantizipation . . . . .	407
III. Ungeklärte, schwierige Rechtsfragen . . . . .	408
IV. Zulässigkeit der beabsichtigten Klage . . . . .	409
V. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Erfolgsaussichten . . . . .	410
VI. Anerkenntnis, Klagerücknahme, übereinstimmende Erledigung der Hauptsache, Vergleich . . . . .	411
VII. Insolvenzverfahren . . . . .	412
1. Insolvenz einer Partei im Laufe des Verfahrens . . . . .	412
2. Insolvenzgläubiger für das Insolvenzverfahren . . . . .	414
3. Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter . . . . .	414a
VIII. Mahnverfahren . . . . .	415
IX. Selbstständiges Beweisverfahren . . . . .	416
X. Urkundenverfahren . . . . .	420
XI. Schutzschriften . . . . .	421
XII. Prozesskostenhilfe für den Beitritt eines Streithelfers . . . . .	421a
XIII. Familienrechtliche Verfahren . . . . .	422
1. Abstammungssachen . . . . .	423
2. Scheidungs- und Folgesachen . . . . .	424
3. Unterhaltssachen . . . . .	429
XIV. Stufenklage . . . . .	430
XV. Wiederaufnahmeverfahren . . . . .	431
<b>Kapitel 4: Mutwilligkeit . . . . .</b>	<b>432</b>
I. Grundsätzliches . . . . .	432
II. Mutwilligkeit im Allgemeinen . . . . .	433
1. Adhäsionsverfahren . . . . .	433
2. Erledigung der Hauptsache . . . . .	434
3. Gesamtschuldner . . . . .	435
4. Gleichzeitige Verfolgung der Hauptsacheklage und vorläufiger Rechtsschutz . . . . .	436
5. Kfz-Haftpflichtversicherer . . . . .	437
6. Klageerweiterung . . . . .	438
7. Mahnverfahren . . . . .	439
8. Masseunzulänglichkeit . . . . .	440
9. Mitwirkung im Prozess . . . . .	441
10. Straftaten . . . . .	442
11. Streitwertbeschwerde . . . . .	443
12. Teilklagen/Klagehäufung . . . . .	444
13. Teilungsversteigerung . . . . .	444a
14. Vergleich . . . . .	445
15. Vollstreckungsabwehrklage . . . . .	446
16. Vollstreckungsaussichten . . . . .	447
17. Vorprozessuales Verhalten . . . . .	449
18. Widerklage . . . . .	450
19. Wiederholter Antrag . . . . .	451
20. Zurückbehaltungsrecht . . . . .	452
III. Mutwilligkeit in familienrechtlichen Verfahren . . . . .	453
1. Isolierte Geltendmachung einer Scheidungsfolgesache . . . . .	453
2. Scheidungsverfahren . . . . .	454

3. Scheinehe . . . . .	455
4. Vaterschaftsanfechtung . . . . .	456
5. Umgangsverfahren . . . . .	457
6. Unterhaltsverfahren . . . . .	458
<b>Kapitel 5: Bedürftigkeit . . . . .</b>	<b>459</b>
I. Allgemeines . . . . .	459
II. Besonderheiten im Rahmen des § 115 ZPO . . . . .	460
1. Abtretung, Prozessstandschaft, „einer für alle“ . . . . .	460
2. Prozesskostenvorschuss . . . . .	466a
a) Ehegatten, Lebenspartner und Verwandte in gera- der Linie . . . . .	467
b) Träger der Sozialhilfe . . . . .	477
3. Ehegatten als Streitgenossen . . . . .	478
4. Ratenzahlung und Vergleichsberechnung . . . . .	479
III. Sonderfall § 116 ZPO . . . . .	480
1. Der Insolvenzverwalter . . . . .	481
a) Keine Aufbringung der Kosten aus dem verwal- ten Vermögen . . . . .	482
b) Wirtschaftlich Beteiligte . . . . .	483
c) Zumutbarkeit . . . . .	484
2. Andere Parteien kraft Amtes . . . . .	486
3. Juristische Personen und parteifähige Vereinigungen . . . . .	487
4. Teilzahlungen . . . . .	494
<b>Kapitel 6: Prozesskostenhilfe für die Rechtsmittelinstanz und Zwangs- vollstreckung . . . . .</b>	<b>496</b>
I. Grundsätzliches zur Reichweite der Prozesskostenhilfebewilli- gung . . . . .	496
II. Prozesskostenhilfe für die Rechtsmittelinstanz . . . . .	502
1. Rechtsmittelverfahren in der Hauptsache . . . . .	502
a) Die antragstellende Partei ist Rechtsmittelführerin .	503
b) Die antragstellende Partei ist Rechtsmittelgegnerin .	505
2. Rechtsmittelverfahren gegen die PKH-Entscheidung . . . . .	509
III. Prozesskostenhilfe für die Zwangsvollstreckung . . . . .	510
<b>Kapitel 7: Verfahrensfragen und Wirkungen . . . . .</b>	<b>511</b>
I. Verfahrensfragen . . . . .	511
1. Vollständiger Antrag . . . . .	511
2. Anhörung des Gegners und Erörterungstermin . . . . .	515
3. Erhebungen des Gerichts . . . . .	520
4. PKH nach Instanzende . . . . .	524
5. Zeitpunkt des Eintritts der Wirkungen . . . . .	525
6. Versäumte Fristen/Säumnis der Partei . . . . .	527
7. Tod der hilfsbedürftigen Partei . . . . .	535
II. Wirkungen . . . . .	536
1. Auswirkungen der Antragstellung . . . . .	536
2. Auswirkungen der Bewilligung . . . . .	541
<b>Kapitel 8: Nachträgliche Entscheidungen . . . . .</b>	<b>546</b>
I. Änderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 120a ZPO) . . . . .	547
1. Verbesserung der Verhältnisse . . . . .	548

2. Verschlechterung der Verhältnisse . . . . .	553
3. Verfahrensfragen . . . . .	555
II. Aufhebung der Bewilligung (§ 124 ZPO) . . . . .	557
1. Falsche Angaben zum Sach- und Streitstand (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 ZPO) . . . . .	558
2. Falsche Angaben zu den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen oder keine Angabe zu Änderungen (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 ZPO) . . . . .	560
3. Irrige Annahme der Bedürftigkeit durch das Gericht (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 ZPO) . . . . .	565
4. Verstoß gegen die Pflicht zur Mitteilung wesentlicher Verbesserungen oder der Anschriftenänderung (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 ZPO) . . . . .	566
5. Zahlungsverzug von mehr als drei Monaten (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO) . . . . .	567
6. (Teil-)Aufhebung nach Beweisaufnahme wegen fehlender Erfolgsaussichten oder Mutwilligkeit des Beweisantritts (§ 124 Abs. 2 ZPO) . . . . .	568
7. Verfahrensfragen . . . . .	569
<b>Kapitel 9: Rechtsmittel im Rahmen der Prozesskostenhilfe . . . . .</b>	<b>571</b>
I. Sofortige Beschwerde . . . . .	571
1. Sofortige Beschwerde gegen die ursprüngliche Entscheidung . . . . .	572
a) Anfechtungsrecht des Antragstellers . . . . .	572
b) Anfechtungsrecht des Antragsgegners . . . . .	579
c) Anfechtungsrecht der Staatskasse . . . . .	580
2. Sofortige Beschwerde gegen nachträgliche Entscheidungen . . . . .	583
II. Rechtsbeschwerde . . . . .	587
III. Gegenvorstellung – Außerordentliche Beschwerde wegen „greifbarer Gesetzwidrigkeit“ . . . . .	591
<b>Kapitel 10: Kosten des Prozesskostenhilfeverfahrens . . . . .</b>	<b>592</b>
I. Keine Kostenentscheidung im Bewilligungsverfahren . . . . .	592
II. Kostenerstattung im Rahmen des Hauptverfahrens . . . . .	596
<b>Kapitel 11: Die Beiordnung eines Rechtsanwalts . . . . .</b>	<b>598</b>
I. Voraussetzungen . . . . .	598
1. Verfahren mit Anwaltszwang . . . . .	599
2. Erforderlichkeit der anwaltlichen Vertretung . . . . .	602
a) Familienrechtliche Verfahren . . . . .	603
b) Zwangsvollstreckung . . . . .	607
c) Andere Verfahren . . . . .	608
3. Beiordnung aus Gründen der Waffengleichheit . . . . .	612
4. Sonderfall Insolvenzverfahren . . . . .	614
II. Verfahrensfragen . . . . .	617
1. Die Person des Beizuordnenden . . . . .	617
a) Grundsatz der freien Anwaltswahl . . . . .	619
b) Selbstbeiordnung des Rechtsanwalts . . . . .	620
c) Bestimmung durch das Gericht . . . . .	623
2. Antragserfordernis . . . . .	624
3. Das Mehrkostenverbot des § 121 Abs. 3 ZPO . . . . .	625

a)	Zulässigkeit der kostenrechtlichen Einschränkung . . . . .	626
b)	Einschränkung ohne Einverständnis des Rechtsanwälts . . . . .	631
c)	Sonderprobleme . . . . .	632
4.	Umfang und Wirkung der Beiordnung . . . . .	634
5.	Aufhebung der Beiordnung . . . . .	640
	a) Antrag des beigeordneten Rechtsanwalts . . . . .	641
	b) Antrag der Partei . . . . .	642
III.	Rechtsmittel . . . . .	643
1.	Unbeschränkte Beiordnung des von der Partei gewünschten Anwalts . . . . .	644
2.	Ablehnung der Beiordnung . . . . .	645
3.	Kostenrechtliche Beschränkung der Beiordnung . . . . .	646
4.	Aufhebung der Beiordnung . . . . .	647

### **Teil 3 Anlagen**

I.	Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch . . . . .	Anlage I
II.	Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch . . . . .	Anlage II
III.	Verordnung zur Verwendung von Formularen im Bereich der Beratungshilfe (Beratungshilfeformularverordnung – BerHFV) . . . . .	Anlage III
IV.	Hinweisblatt zum Antrag auf Beratungshilfe . . . . .	Anlage IV
V.	Anlage V . . . . .	Anlage V
VI.	Verordnung zur Verwendung eines Formulars für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (Prozesskostenhilfeformularverordnung – PKHFV) . . . . .	Anlage VI
VII.	Hinweisblatt zum Formular für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe . . . . .	Anlage VII
VIII.	Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH) . . . . .	Anlage VIII
IX.	Richtlinie 2002/8/EG des Rates vom 27. Januar 2003 zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen . . . . .	Anlage IX
X.	Formular für Anträge auf Prozesskostenhilfe in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union . . . . .	Anlage X
XI.	Formular für die Übermittlung eines Antrags auf Prozesskostenhilfe . . . . .	Anlage XI
XII.	Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozeßordnung . . . . .	Anlage XII
XIII.	Beratungshilfegesetz . . . . .	Anlage XIII
XIV.	Übernahmepflichten – Berufsordnung – die Bestimmungen . . . . .	Anlage XIV
	Stichwortverzeichnis . . . . .	453